

109-5/92

MINISTERSTVO NÁRODNÍ BEZPEČNOSTI ARCHIVNÍ A STUDIJNÍ ODBOR	
Doslo	
Čj.	109-5/92
Přílohy	23 listů

23 listů

1. 9. 2009 Jemel

Krab. 105.

**ST S**

V - F - 1 - 1f/41.

Prag, den 30. III. 1942

1

Büro des Staatssekretärs  
beim Reichsaussenministerium  
in Böhmen und Mähren.  
Eing.: -1. APR. 1942

Herrn  
Oberregierungsrat Dr. G i e s  
im Hause .

Betrifft: Lagebericht der Landesbehörde Prag.  
Ihr Schreiben vom 17.3.42 - St.S.V F -1 b/41 -.

Den Bericht der Landesbehörde nebst dem Schreiben an den Herrn Unterstaatssekretär habe ich gemäss der Weisung des Herrn Abteilungsleiters II mit meiner Stellungnahme am 20.2.1942 an die Gruppe II/4 - Arbeit - zur Beifügung der Stellungnahme dieser Gruppe und zwecks Weiterleitung an die Gruppe II/1 gesandt. Ihr Mahnschreiben habe ich der Gruppe II/4 weitergereicht.

08711

*F. G. ...*

*Dr. am 2. 5. 1942 bei dem  
Vorlesenden.*

Wiedergebottelt am 4.5.42 *10* 2/4.42.

St. S. V. F. - 1 b / 41

17. III. 1942

1. Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

Herrn Unterstaatssekretär.

In Sachen Lagebericht der Landesbehörde Böhmen für den Monat November 1941 beziehe ich mich auf die hies. Vorlage vom 15.1. d.Js. - Zeichen St.S. V F - 1b/41 und teile mit, daß, soweit ich es feststellen konnte, bislang ein Äußerung in der Angelegenheit dem Herrn Staatssekretär nicht vorgelegt worden ist. Ich darf anregen, die Bearbeitung der Angelegenheit so beschleunigen zu lassen, daß der Herr Staatssekretär nach der Rückkehr vom Urlaub in den Besitz der Äußerung gelangt.

Oberregierungsrat.

2. Wv. am 10.4.1942 bei dem Unterzeichner.

15. 1. 1942

Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

Herrn Unterstaatssekretär.

Hiermit übersende ich gegen Rückgabe den von der Landesbehörde Böhmen zusammengestellten Lagebericht für den Monat November 1941 zur gefälligen Kenntnis. Der Herr Staatssekretär interessiert sich für den Abschnitt "Landwirtschaftliche Lage" - und zwar deshalb, weil er zunächst in den über den Stand der Aussaat gemachten Ausführungen den Versuch sieht, bereits jetzt eine unter dem Gesichtspunkt des künftigen Ernteergebnisses für den tschechischen Bauern günstige Ausgangsposition zu schaffen. Der Herr Staatssekretär lässt Sie bitten, der Angelegenheit nachzugehen, damit nicht bei der Erörterung der Abgabekontingente von tschechischer Seite - zu Unrecht - das Argument der schlechten Aussaat als entlastend angeführt werde. Sodann möchte der Herr Staatssekretär festgestellt wissen, ob tatsächlich die schwierige Arbeitslage die Landwirte am rechtzeitigen Ausdrusch gehindert hat und ob weiterhin in Südböhmen die Massnahmen der Elektrizitätswerke den Ausdrusch erschwert haben. Weiterhin legt der Herr Staatssekretär Wert darauf, eine kurze, aber erschöpfende Äusserung zu der Frage des angeblich zu hoch bemessenen Kartoffelkontingentes zu erhalten. Schliesslich ist dem Herrn Staatssekretär daran gelegen, dass die hundertprozentige Erfüllung der dritten Schweinemästungsaktion sichergestellt werde. Hierfür müsse neben dem Verband "Prispol" das tschechische Landwirtschaftsministerium geradestehen. Ich wäre dankbar, wenn nach Massgabe der vorstehenden Ausführungen die Berichterstattung an den Herrn Staatssekretär bezw. das Erforderliche in die Wege geleitet würde.

b  
Oberregierungsrat.2) Wv. am 15. <sup>3.</sup> 1942 bei dem Unterzeichner.

Wiedergelegt am 15. 1. 42

Wiedergelegt am 16. 3. 42

Prag, 16. April 1942.

4

17. 4. 1942

An den

Herrn Staatssekretär

über den Herrn Abteilungsleiter II.

*Handwritten signature and date: 17. 10. 42.*

Betrifft: Lagebericht der Landesbehörde Prag.

Bezug : Schreiben an den Herrn Unterstaatssekretär vom 15.1.1942 Nr. St.S.V F - 1 b/41.

Zu dem Bericht der Landesbehörde nehme ich vom Standpunkt der Gruppe Wirtschaft wie folgt Stellung:

Der Leistungsbedarf der Südböhmischen Elektrizitätswerke A.G. ist durch die kriegswichtige Industrie in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Im Jahre 1941 mussten daher vorsorglich Massnahmen getroffen werden, damit eine geregelte Stromversorgung aller Abnehmer während der Druschzeit sichergestellt war. Die Südböhmische Elektrizitätswerke A.G. in Budweis gab zu diesem Zwecke ein Rundschreiben an die Stromabnehmer heraus, in dem die Landwirte gebeten wurden, das Dreschen in der Zeit von 8 - 12 Uhr einzuschränken und es hauptsächlich auf 12 - 14 Uhr oder in die Nachmittagsstunden zu verlegen. Der Samstag-Nachmittag und der Sonntag sollten ebenfalls für diese Arbeiten benutzt werden. Sollte diese Aufforderung nicht den gewünschten Erfolg haben, so war eine Regelung seitens des Elektrizitätswerkes vorgesehen, die in Zusammenarbeit mit den Gemeindeämtern durchgeführt werden sollte. Die Abnehmer richteten sich jedoch derartig ein, dass diese Massnahme nicht erforderlich war. Auf diesem Wege war es möglich, die gesamte Abnehmerschaft während der Druschzeit zu beliefern.

Zur Sicherstellung der Südböhmischen Elektrizitätswerke A.G. ist eine 100 kV-Leitung errichtet worden, über die es möglich ist, der Südböhmischen Elektrizitätswerke A.G. Leistung

bereit-



Prag, den 11. April 1942

Über den  
Herrn Abteilungsleiter II.  
an den  
Herrn Staatssekretär  
im Czerninpalais

*f. B. IV*  
*5*  
*L 17.10.42*

*verm.*  
Betrifft: Lagebericht der Landesbehörde Prag.

Vorgang: Schreiben an den Herrn Unterstaatssekretär vom 15.1.1942 - St.S. V F - lb/41.

Zu dem Bericht der Landesbehörde Prag nehme ich vom Standpunkt des Arbeitseinsatzes wie folgt Stellung:

Der Bedarf der Landwirtschaft an Arbeitskräften war während der Zeit der Ernte teilweise recht erheblich, insbesondere wurden in grösserem Umfange Aushilfskräfte verlangt. Diese Kräfte konnten meistens durch Dienstverpflichtungen gestellt werden. Nach den Berichten der Arbeitsämter ist die Einbringung der Ernte durch den Mangel an Arbeitskräften verschiedenorts verzögert worden, obwohl die Arbeitsämter in Bezirken, in denen die Beschaffung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte besondere Schwierigkeiten machte, die "Dorfhilfe" (Gemeinschaftshilfe sämtlicher Dorfbewohner) rechtzeitig organisiert hatten.

Die schwierige Lage der Landwirtschaft hat ihre Ursache vor allem in dem empfindlichen Mangel an landwirtschaftlichen Dauerarbeitskräften. Der Ausfall der Dauer-Arbeitskräfte aus der Slowakei und der Karpatho-Ukraine konnte trotz intensiver Bemühungen der Arbeitsämter noch nicht gedeckt werden, obwohl in einigen Arbeitsamtsbezirken bereits in grösserem Umfange Dienstverpflichtungen von berufsfremd beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeitern vorgenommen wurden. Die Neigung der ständigen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in die Industrie abzuwandern, ist unverändert stark geblieben. Nach Einführung des Arbeitsbuches ist jedoch jeder Arbeitsplatzwechsel nur mit Zustimmung des Arbeitsamts möglich. Die Arbeitsämter versuchen daher die Abwanderung aus der Landwirtschaft soweit wie möglich zu unterbinden. Wenn in dem Bericht der Landesbehörde Prag von einem ständigen Abgang qualifizierter landwirtschaftlicher Arbeiter gesprochen wird, so dürfte es sich nur um solche Kräfte handeln, die aus anderen Berufen durch die Arbeitsämter während der Erntezeit in die Landwirtschaft vermittelt wurden und dann wieder mit Genehmigung des Arbeitsamts in ihren alten Beruf zurückgekehrt sind.

5a

Seit dem Herbst 1941 ist ein erheblicher Stellenwechsel der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte beobachtet worden. Die Arbeitsämter haben jedoch die Stellenwechselnden wieder landwirtschaftlichen Berufen zugeführt.

an den  
Herrn Staatssekretär  
im Gesundheitsamt

*[Handwritten signature]*

Legen Sie dem Bericht der Landesbehörde  
Schriften an den Herrn Staatssekretär  
vom 12.1.1942 - St. S. V 9 - 1p/41.

Zu dem Bericht der Landesbehörde...  
Ständpunkt des Arbeitsmarktes wie folgt Stellung:  
Der Bedarf der Landwirtschaft an Arbeitskräften war  
während der Zeit der Ernte teilweise recht erheblich  
insbesondere wurden in größerem Umfang Aushilfe-  
kräfte verlangt. Diese Kräfte konnten meistens durch  
Dienstverpflichtungen gestellt werden. Nach der Er-  
nte richtete der Arbeitsämter in die Erbringung der Ernte  
durch den Mangel an Arbeitskräften verschobenenorts  
verlagert worden, obwohl die Arbeitsämter in Bezirken  
in denen die Beschaffung der landwirtschaftlichen Ar-  
beitskräfte besondere Schwierigkeiten machte, die  
"Dorfhilfe" (Gemeinschaftshilfe sämtlicher Dorfbewo-  
hner) rechtzeitig organisiert hatten.

Die schwierige Lage der Landwirtschaft hat ihre Ur-  
sache vor allem in dem empfindlichen Mangel an land-  
wirtschaftlichen Arbeiterkräften. Der Anfall der  
Dauer-Arbeitskräfte der Stewerk und der Karpaten-  
Ukraine konnte infolgedessen Bemühungen der Arbeits-  
ämter nicht deckt werden, obwohl in einigen  
Arbeitsämtern bereits in größerem Umfang  
Dienstverpflichtungen von berufsunfähigen beschäftigten  
landwirtschaftlichen Arbeitern vorgenommen wurden.  
Die Neigung der ständigen landwirtschaftlichen Ar-  
beitskräfte in die Industrie abzuwandern, ist unver-  
ändert stark geblieben. Nach Einführung des Arbeit-  
buches ist jedoch jeder Arbeitskräftewechsel nur mit  
Zustimmung des Arbeitsamtes möglich. Die Arbeitsämter  
versuchen daher die Abwanderung aus der Landwirt-  
schaft soweit wie möglich zu unterbinden. Wenn in dem  
Bericht der Landesbehörde frag von einem ständigen  
Abgang qualifizierter landwirtschaftlicher Arbeiter  
gesprochen wird, so dürfte es sich um solche  
Arbeitskräfte handeln, die aus anderen Berufen durch die  
Arbeitsämter während der Kriegszeit in die Land-  
wirtschaft vermittelt wurden und dann wieder mit  
Genehmigung des Arbeitsamtes in ihren alten Beruf  
zurückgeführt sind.



41126

Prag, den 20. 11. 1942

6

II/2-3980-123/42

17. 11. 42

Ueber

den Herrn Abteilungsleiter II

und den

~~Herrn Unterstaatssekretär~~

an den

Herrn Staatssekretär

im Hause.

Betrifft: Lagebericht der Landesbehörde Prag.

Bezug: Schreiben an den Herrn Unterstaatssekretär vom 15.1.42- St.S. V F - 1b/41.

Zu dem Bericht der Landesbehörde Prag, soweit er die Lage in der Landwirtschaft anbelangt, nehme ich wie folgt Stellung:

1./ Saatenstand: Im Laufe des Monats Dezember konnte in den Bestellungsarbeiten noch viel nachgeholt werden. Wie sich die späte Aussaat und die ungünstige Herbstwitterung auf die Erträge auswirken, kann heute noch nicht abgeschätzt werden. Den ersten Anhalt werden erst die Saatenstandsbonitierungen im Frühjahr geben. Die vom Herrn Staatssekretär ausgesprochenen Befürchtungen bezüglich der auf tschechischer Seite vorhandenen Bestrebungen, eine günstige Ausgangsposition für eine Unterschätzung der Ernte 1942 zu schaffen, scheinen mir allerdings nur allzu begründet.

Ich erinnere bei dieser Gelegenheit an die im Jahre 1941 gemachten Beobachtungen, wonach die Schätzungen der Getreideernte von der ersten Vorschätzung bis zur 4. (endgültigen) um einen Vomhundertsatz fielen, der sich nur aus dem Bestreben, möglichst viel zu verheimlichen, erklären läßt.

Ohne Übertreibung kann behauptet werden, - wobei der gute Wille des Statistischen Zentralamtes nicht angezweifelt werden soll -, dass die Saatenstandsberichterstatte sich eher in den Dienst einer Ernteveranschleierung, als einer ersten Ernteschätzung gestellt haben. Der klare Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung wird erbracht durch den Unterschied

69  
zwischen der letzten amtlichen Schätzung und der letzten Selbst-  
einschätzung der Bauern im Jahre 1941 sowie durch die unabhän-  
gig von den Tschechen aufgebaute Schätzung der Gruppe II/2,  
die in Zusammenarbeit mit den Oberlandräten erstellt wurde.

Für die Ermittlung 1942 müssen meines Erachtens  
außerordentliche Maßnahmen vorbereitet werden, wenn sich die  
Vorfälle des letzten Jahres nicht nochmals ereignen sollen.  
2. und 3./ Arbeitslage und Ausdrusch  
Die Lieferung der vorläufigen Getreideumlage  
wurde nach meiner Feststellung durch den Mangel an Arbeits-  
kräften kaum behindert. Von den für August, September und  
Oktober umgelegten Brotgetreidemengen wurden bis 31.10.1941:

109 % Weizen

96 % Roggen

70 % Gerste

53 % Hafer

im Protektorat erfüllt. Eine der wenigen Ausnahmen bildete das  
Gebiet der Bezirksbehörde Budweis, wo nur

84 % Weizen

68 % Roggen

56 % Gerste

35 % Hafer

abgeliefert wurden. Ähnlich verhält es sich in Wittingau, wo:

100 % Weizen

73 % Roggen

47% Gerste

51 % Hafer

erfüllt wurden. Soweit die vorläufigen Kontingente für Brot-  
treide sowie Gerste und Hafer zu hoch veranlagt wurden, fand  
dies seine Richtigstellung durch die Kundmachung des Ministe-  
riums für Landwirtschaft über die Totalablieferungspflicht vom  
31.10.1941.

Dass der Drusch vermutlich teilweise durch die  
Maßnahmen der Südböhmischen Elektrizitätsgesellschaft Budweis -  
die anordnete, dass an Wochentagen nur von 12-14 Uhr gedroschen  
werden sollte, der Sonnabend sowie der Sonntag ganz zum Dre-  
schen benutzt werden könnten - behindert wurde, läßt die Selbst-  
einschätzung der Bauern zum 20.10.1941 erkennen. Bei einem  
Vergleich der ungausgedroschenen Mengen des Protektorats mit  
denjenigen der Oberlandratsbezirke Budweis und Klattau ergibt  
sich folgendes Bild:

das gesamte Protektorat:

Oberlandratsbez.:

Weizen

15,9

Budweis:

67,3

Klattau:

69,6

das gesamte Protektorat: Oberlandratsbez

		Budweis	Klattau
Roggen	23,2	62	69,3
Gerste	17,3	50,1	59,9
Hafer	49,5	36,6	48,4

4./Kartoffelpflichtlieferungen. Für die Festsetzung der Kartoffelpflichtlieferungen war naturgemäß der Bedarf maßgebend. Während für die industrielle Verarbeitung die Mengen im großen und ganzen feststanden, konnte der Bedarf für die menschliche Ernährung im Voranschlag nur schätzungsweise angenommen werden, da über den Anteil der Kartoffel selbstversorger infolge der auf dem Kartoffelgebiet erstmalig durchzuführenden Bewirtschaftungsmaßnahmen keine Unterlagen vorhanden waren. Die Selbstversorger wurden auf Grund vorsichtiger Schätzung zunächst mit 1,950.000 angenommen. Nachträglich wurde die Zahl auf Grund der Absatzregelung jedoch mit 2,898.000 festgestellt.

Im einzelnen gliedert sich der ursprünglich angenommene Bedarf wie folgt:

Nichtselbstversorger.....	60.000	Wg.
10% für Gaststätten.....	6.000	"
für Kantinen .....	3.000	"
Manko b. Verteilern .....	3.000	"
Polizei u. kasernierte		
Verbände .....	200	"
Verarbeitungsindustrie .....	29.000	"
	101.200	Wg.
bereits im September auf		
die Pflichtlieferungen		
erfüllt .....	6.000	"
zusammen	107.200	Wg.

Unter Berücksichtigung der schlechten Ablieferungsmoral der Tschechen mußte noch eine Reserve eingesetzt werden, da der Bedarf unter allen Umständen sicherzustellen war. Mit dieser Reserve betrug die zur Befriedigung aller Ansprüche umgelegte Menge 140.000 Wg.

Im Hinblick darauf, dass<sup>1/</sup> die Ernte, die ursprünglich mit 120 dz je ha im Durchschnitt angenommen, zwischendurch mit 111 dz festgestellt war, tatsächlich aber nur bei 105 dz lag und 2. die Zahl der Nichtselbstversorger geringer war als ursprünglich angenommen und 3. mit Rücksicht auf die ungünstigen Ernteerträge noch Kürzungen bei den Brennereien vorgenommen wurden, konnte der Verband später eine Ermässigung der Pflichtlieferung ins Auge fassen. Die Ermässigung selbst wird jetzt durchgeführt. Schließlich mußte unter Berücksichtigung der für das Wirtschaftsjahr 1942/43 ins Auge gefaßten Anbauerweiterung eine über den Bedarf des Jahres

1941 hinausgehende Menge als Handelspflanzgut vorbehalten werden. Diese Menge beläuft sich auf 15.000 Wg.

5./ Die 3. Schweinemastaktion. Bei der 3. Aktion waren 100.000 Stück Schweine vorgesehen. Für diese Anzahl war es möglich, die zusätzlichen Futtermittel sicherzustellen. Auf diese Menge wurden 96.000 Stück gezeichnet, also ein sehr befriedigendes Ergebnis. Bis zum 21. Januar d.J. waren 57.000 Stück geliefert. Da wöchentlich bis zu 9.000 Stück abgerufen werden können, werden die 96.000 Stück voraussichtlich bis Ende Februar voll abgeliefert sein.

Die Lieferfristen mußten allerdings etwas gestreckt werden, da der Mangel an eiweißhaltigen Futtermitteln eine längere Mastdauer erforderte. Derselbe Umstand, wie die Knappheit an Futtermitteln überhaupt, hat auch dazu gezwungen, das Ablieferungsgewicht von 100 auf 90 und schließlich auf 80 kg herabzusetzen. Bei weiterer Verschärfung der Futtermittellage muß dieses Gewicht noch weiter herabgesetzt werden.

Für die 4. Aktion sind Futtermittel für 400.000 Stück sichergestellt worden. Die Verträge liegen seit Anfang Januar 1942 auf und werden in einem überraschend großen Umfange gezeichnet. Bis zum 20. Januar konnten bereits 60% untergebracht werden. In diesem Zusammenhänge sei noch darauf hingewiesen, dass bei höherer Ausmahlung des Brotgetreides beträchtliche Mengen Kleie verloren gehen, was in erster Linie wieder die Mästung der Schweine erschweren wird, ohne dass es bei dem besonders im Frühjahr und Vorsommer fühlbarer werdenden Futtermangel möglich wäre, Ersatz zu beschaffen.

Schließlich darf nicht vergessen werden, dass bisher eine führungs- und verantwortungsmässig klar gefasste Einwirkungsmöglichkeit auf den tschechischen Bauern nicht besteht, sondern dass er lediglich über den schwerfälligen Apparat der Protektoratsbehörden gesteuert werden kann bis der beantragte Ausbau der Landeskulturräte erfolgt.

Anlagen:

- Lagebericht der Landesbehörde
- Prag nebst Anschreiben,
- Schr. an d.U.St.S. v.15.1.42.

Im Auftrage:

*Handwritten signature*



41124

8

II<sub>1</sub>, II<sub>2</sub> u. II<sub>4</sub>

~~zusammenfassung~~

16,  
J. A. Deutsch  
b  
II 17 I 42

zur Verfügung Landwirtschaftsministerium  
Herrn Unterstaatssekretär.

Hiermit übersende ich gegen Rückgabe den von der Landesbehörde Böhmen zusammengestellten Lagebericht für den Monat November 1941 zur gefälligen Kenntnis. Der Herr Staatssekretär interessiert sich für den Abschnitt "Landwirtschaftliche Lage" - und zwar deshalb, weil er zunächst in den über den Stand der Aussaat gemachten Ausführungen den Versuch sieht, bereits jetzt eine unter dem Gesichtspunkt des künftigen Ernteergebnisses für den tschechischen Bauern günstige Ausgangsposition zu schaffen. Der Herr Staatssekretär lässt Sie bitten, der Angelegenheit nachzugehen, damit nicht bei der Erörterung der Abgabekontingente von tschechischer Seite - zu Unrecht - das Argument der schlechten Aussaat als entlastend angeführt werde. Sodann möchte der Herr Staatssekretär festgestellt wissen, ob tatsächlich die

- 1) schwierige Arbeitslage die Landwirte am rechtzeitigen Ausdrusch gehindert hat und ob weiterhin in Südböhmen die Massnahmen der Elektrizitätswerke den Ausdrusch erschwert haben.
- 2) Weiterhin legt der Herr Staatssekretär Wert darauf, eine kurze, aber erschöpfende Äusserung zu der Frage des angeblich zu hoch bemessenen Kartoffelkontingentes zu erhalten.
- 3) Schliesslich ist dem Herrn Staatssekretär daran gelegen, dass die hundertprozentige Erfüllung der dritten Schweinemästungsaktion sichergestellt werde. Hierfür müsse neben dem Verband "Prispol" das tschechische Landwirtschaftsministerium geradestehen. Ich wäre dankbar, wenn nach Massgabe der vorstehenden Ausführungen die Berichterstattung an den Herrn Staatssekretär bzw. das Erforderliche in die Wege geleitet würde.

Ref. Dr. Heinrich (persönlich)  
i. D. mit Heinrich  
L. 19

Oberregierungsrat.

9

Über den  
Herrn Abteilungsleiter II,  
den  
Herrn Unterstaatssekretär  
an den  
Herrn Staatssekretär  
im Czerninpalais

Betrifft: Lagebericht der Landesbehörde Prag.

Vorgang: Schreiben an den Herrn Unterstaatssekretär  
vom 15.1.1942 - St.S.V F - 1b/41.

Zu dem Bericht der Landesbehörde Prag nehme ich vom  
**Standpunkt des Arbeitseinsatzes wie folgt Stellung:**

Der Bedarf der Landwirtschaft an Arbeitskräften war während der Zeit der Ernte teilweise recht erheblich, insbesondere wurden in grösserem Umfange Aushilfskräfte verlangt. Diese Kräfte konnten meistens durch Dienstverpflichtungen gestellt werden. Nach den Berichten der Arbeitsämter ist die Einbringung der Ernte durch den Mangel an Arbeitskräften verschiedenorts verzögert worden, obwohl die Arbeitsämter in Bezirken, in denen die Beschaffung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte besondere Schwierigkeiten machte, die "Dorfhilfe" (Gemeinschaftshilfe sämtlicher Dorfbewohner) rechtzeitig organisiert hatten.

Die schwierige Lage der Landwirtschaft hat ihre Ursache vor allem in dem empfindlichen Mangel an landwirtschaftlichen Dauerarbeitskräften. Der Ausfall der Dauer-Arbeitskräfte aus der Slowakei und der Karpatho-Ukraine konnte trotz intensiver Bemühungen der Arbeitsämter noch nicht gedeckt werden, obwohl in einigen Arbeitsamtsbezirken bereits in grösserem Umfange Dienstverpflichtungen von berufsfremd beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeitern vorgenommen wurden. Die Neigung der ständigen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in die Industrie abzuwandern, ist unverändert stark geblieben. Nach Einführung des Arbeitsbuches ist jedoch jeder Arbeitsplatzwechsel nur mit Zustimmung des Arbeitsamts möglich. Die Arbeitsämter versuchen daher die Abwanderung aus der Landwirtschaft soweit wie möglich zu unterbinden. Wenn in dem Bericht der Landesbehörde Prag von einem ständigen Abgang qualifizierter landwirtschaftlicher Arbeiter gesprochen wird, so dürfte es sich nur um solche Kräfte handeln, die aus anderen Berufen durch die Arbeitsämter während der Erntezeit in die Landwirtschaft ver-

9a

mittelt wurden und dann wieder mit Genehmigung des Arbeitsamts in ihren alten Beruf zurückgekehrt sind.

Seit dem Herbst 1941 ist ein erheblicher Stellenwechsel der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte beobachtet worden. Die Arbeitsämter haben jedoch die Stellenwechseln wieder landwirtschaftlichen Berufen zugeführt.

Betreff: Lagebericht der Landesbehörde Prag.

Vorsatz: Schreiben an den Herrn Unterstaatssekretär vom 12.1.1942 - St.S.V. P. 11/41.

Zu dem Bericht der Landesbehörde Prag nehme ich vom Standpunkt des Arbeitsamtes wie folgt Stellung:

Der Bedarf der Landwirtschaft an Arbeitskräften war während der Zeit der Krise teilweise recht erheblich. Insbesondere wurden in früheren Jahren landwirtschaftliche Kräfte verlangt. Diese Kräfte konnten teilweise durch Umsiedlungen ersetzt werden. Nach dem Ende der Kriegsjahre ist die Einbringung der Kräfte durch den Mangel an Kräfte verschiedenenorts vergrößert worden. Die Arbeitsämter in den Kreisen in denen die Einbringung der landwirtschaftlichen Kräfte durchgeführt werden konnte, als "Beratung" (Beratung) bezeichnet werden können) rechtzeitig organisiert hatten.



42122

Die schwierige Lage der Landwirtschaft hat eine Ursache vor allem in dem erheblichen Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften. Der Mangel der landwirtschaftlichen Kräfte ist der Schwere und der Länge der Krise keine Folge, sondern eine Ursache. Die landwirtschaftlichen Kräfte sind in den letzten Jahren nicht genügend geachtet worden, sowohl in der Arbeitsbeschaffung als auch in der Vergütung. Die landwirtschaftlichen Kräfte sind in der Industrie abgewandert, ist unverändert stark geblieben. Nach Einwirkung der Arbeitsämter ist jedoch jeder Arbeitskräftemangel nur mit Hilfe der Arbeitsämter möglich. Die Arbeitsämter versuchen daher die Abwanderung aus der Landwirtschaft soweit wie möglich zu unterbinden. Wenn in dem Bericht der Landesbehörde Prag von einem erheblichen Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften die Rede ist, so dürfte es sich um ein solches Kräfte handeln, die aus anderen Berufen durch die Arbeitsämter während der Krise in die Landwirtschaft ver-

10  
X

Politische Lage.

Die Kundgebung der Protektoratsregierung vom 6. November, die warnende, im Rundfunk vorgetragene Ansprache des Herrn Staatspräsidenten vom 8. November, sowie die Erklärungen des Präsidenten der tschechischen Akademie der Wissenschaften und Künste und des Vorsitzenden des Kulturrates wurden vom Grossteil des tschechischen Volkes mit vollem Verständnis aufgenommen und man kann eine Beruhigung unter der Bevölkerung wahrnehmen.

Wenige Fälle von Störungsversuchen sind nur vereinzelten unverantwortlichen Elementen zuzuschreiben.

Hierher gehört der Versuch der Kommunisten, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf den 7. November, als Gründungstag der UdSSR zu lenken. In Ausnützung der nächtlichen Verdunkelung verstreuten bisher nicht sichergestellte Täter in den Strassen Prags eine grössere Anzahl kleiner, aus Papier hergestellter sowjetischer Wappen in der Form von Sichel und Hammer mit dem Sowjetstern. Der in dieser Nacht herrschende Sturm verbreitete sie in den Gassen, sodass sie unter Mitwirkung jüdischer Arbeitskolonnen und der städtischen Strassenkehrer beseitigt werden mussten. In den breiten Bevölkerungsschichten fand diese Aktion keinen Widerhall.

In Klattau versuchten unbekannte Täter in der letzten Zeit die Ruhe durch Anbringung von Klebezetteln zu stören. Infolgedessen wurde die Sperrstunde bis einschliesslich 30. Dezember 1941 auf 21 Uhr bestimmt, die Radioapparate der tschechischen Bevölkerung beschlagnahmt und das Ausgehverbot ab 22 Uhr erlassen.

Am 31.11.1941 wurde in Budweis eine grössere Anzahl von mit Bleistift oder mit einem kleinen Pinsel geschriebenen Flugblättern

./.

11

mit staatsfeindlichem Inhalt vorgefunden. Die Fahndung nach den Tätern wurde sogleich aufgenommen, blieb jedoch erfolglos.

Der Unterricht an den Volks-, Haupt- und Mittelschulen, wie auch an allen Gewerbe- und Fachschulen schreitet normal fort. Die verantwortlichen Leiter dieser Schulen wurden vom Minister für Schulwesen und Volkskultur in Gegenwart von Vertretern der Schülerschaft in einer am 9. November im Gemeindehause in Prag abgehaltenen Zusammenkunft auf die Folgen jedweder umstürzlerischer und reichsfeindlicher Betätigung in den Schulen aufmerksam gemacht. Diese Warnung, die auch in allen Klassen der Mittelschulen angeschlagen wurde, haben die Schüler mit entsprechendem Ernst aufgenommen. Die Wachsamkeit in den Schulen wurde erhöht und besondere Schülerposten eingeführt, um jedem Versuche einer unverantwortlichen Tat in Schulgebäuden vorzubeugen.

Trotz dieser Massnahmen sind einige störende Inzidente vorgekommen.

Am 7. 11. wurde das Fenster eines Büreaumes der 4. Res. Kompanie Pol. Batl. 56 in Kladno durch Steinwurf zertrümmert. Der Stein war in Papier eingewickelt, dem ein Drohbrief folgenden Inhalts beigelegt war:

"Da sind die Grüsse der tschechischen Studenten aus Realgymnasium Kladno. Lassen Sie sich ihre Gnaden. Erfolglose sind ihre Gnade. Wir werden Ihnen noch zeigen was wir machen können. Wir geben Ihnen keine Ruhe. Realgymnasium Kladno."

Es handelt sich um die Fortsetzung der anonymen Briefaktion, welche das tschechische Realgymnasium in Kladno betrifft.

Im Gebäude der Handelsakademie in Schlan wurden am 11. 11. reichsfeindliche, auf der Maschine verfertigte Flugblätter auf-

gefunden. 31 Schüler des Abiturientenkurses wurden sofort von der Gestapo in Kladno festgenommen. Als Schreiber und Verbreiter dieser Flugblätter wurde der Schüler Vlastimil Brožek aus Laun festgestellt, welcher diese Tat aus Hass gegen die Professoren /wegen Bestrafung durch schlechte Sittennote und Karzer/ beging. Auch in Haudnitz a. d.E. und Tabor wurden Flugblätter und Anschriften festgestellt, die angeblich von der Studentenschaft stammten.

Am 28. November hat die Geheime Staatspolizei aus Tabor die sofortige Schliessung des Realgymnasiums in Pilgrams für dauernd angeordnet und der Bevölkerung der Stadt Pilgrams eine Geldstrafe von 30.000 K auferlegt. Diese Verfügung wurde dadurch verursacht, dass dem Oberlandrat in Tabor 2 anonyme Schmähbriefe aus den Reihen der Schülerschaft der höheren Schule in Pilgrams zugegangen sind, aus denen die Geheime Staatspolizei die Ueberzeugung von deutschfeindlicher Einstellung sowohl der Lehrerschaft als auch der Schüler gewann.

Die Nationale Gemeinschaft hat im Monat November ihre Tätigkeit namentlich auf organisatorischem Gebiet entfaltet. Die Ortsgruppen haben regelmässige Monatsversammlungen abgehalten, in denen die Notwendigkeit einer vollkommen positiven und aktiven Einstellung der Mitgliedschaft dem Reiche gegenüber und der Bekämpfung der Flüsterpropaganda hervorgehoben wurde.

Die Hauptleitung hat eine Reihe von Mitgliedern, die sich eine Strafanzeige haben zuschulden kommen lassen oder in Haft genommen worden sind, ausgeschlossen. Gegen zahlreiche andere Mitglieder wurde ein Verfahren eingeleitet. Die Arbeit an der Aktivierung des engeren Aktionsausschusses wird fortgesetzt. Die exekutiven Mitglieder müssen sich in Eidesform verpflichten, überall unter Einsatz

der eigenen Person und ohne Rücksicht auf persönliche Opfer die Ideen des Herrn Staatspräsidenten zu vertreten.

Die Tätigkeit der "ÖNST Vlačka" als auch der Faschistischen Volksgemeinde /NOF/ war gering. Nur in Welwarn und Weltrus /Bezirk Kralup a. d. N./ wurde ein bedeutender Aufstieg der Mitgliederzahl der Vlačka wahrgenommen. Die tschechischen Faschisten haben ein Plakat mit der Aufforderung an die Bevölkerung herausgegeben, sich gegen Bolschewismus und Flüsterpropaganda zusammenzuschließen.

Der Tschechische Kriegerbund /SČV/ hat konstituierende Versammlungen veranstaltet. Der Verein wird kulturelle, soziale und sportliche Zwecke verfolgen und alle dem Reich feindlich gesinnten Bestrebungen bekämpfen.

-----

Die Sicherheitsvorkehrungen gegen Sabotage auf Bahnen und Postämtern haben sich eingelebt und fungieren reibungslos. Die Anzahl der Beschädigungen von Luftdruckbremsschläuchen war geringer als im vorigen Monate; nach Gutachten der Fachleute handelte es sich in vielen Fällen um Risse an Schläuchen, welche schon längere Zeit im Betriebe und daher abgenutzt waren.

In Prag wurden noch in einigen Fernsprechstellen die Einrichtungen beschädigt. Die von der Sicherheitswache wie auch von den Betriebsangestellten ausgeübte verschärfte Aufsicht wird auch diese wenigen Sabotageversuche vermutlich abstellen.

In den Fabriken und den für die Wehrmacht arbeitenden Betrieben kamen keine Störungsversuche vor. Die Arbeiterschaft tritt in Ruhe und Ordnung ihre Arbeit an, arbeitet mit erhöhter Intensität und wendet ihr Interesse lediglich der Erhöhung der Zuteilung der wichtigsten Lebensmittel sowie von Textilien und Schuhwerk zu.

-----

Die Gesundheitslage hat sich gegen vorigen Monat nicht gebessert. Im Beneschauer Krankenhaus wurden 35 Diphtherie und 15 Scharlachfälle behandelt. Im Tschaslauer Bezirk wurden 50 Scharlach- 41 Diphtherie - und 8 Tuberkulosefälle festgestellt. Im Budweiser Bezirk wurden 58 Scharlach - und 60 Diphtheritiserkrankungen zur Anzeige gebracht; hievon waren 3 Todesfälle. Im Böhmischo-Broder Bezirk sind 6 Erkrankungen an Scharlach, 17 an Diphtherie, 26 an Lungentuberkulose /hievon 3 tödlich/ vorgekommen. Im Miletin, Bezirk Horschitz, musste die Volks- und Hauptschule am 24.XI. wegen Diphtherieepidemie geschlossen werden. Im Bezirk Horschowitz wurden 14 Diphtherie - und 26 Scharlachfälle festgestellt.

Im Bezirke Gumpoldskammer kamen 39 Scharlach -, 39 Diphtherie - und 2 Bauchtyphusfälle vor, sowie 94 Fälle der Lungentuberkulose /in vorigen Monat 8 Fälle/ und 2 Erkrankungen an Tularemie; im Bezirke Chotieborch 20 Scharlach - und 22 Diphtheriefälle, 1 Kinderlähmung und 8 Tuberkulosen /im vorigen Monate 33 Scharlach - und 18 Diphtheriefälle/. Im Bezirke Jitschin 25 Diphtherie - und 20 Scharlachfälle /im Oktober 1941 18 Diphtherie - und 15 Scharlachfälle/. Die Schulen in Liban und Bistritz mussten geschlossen werden. Im Brennei /pol.Bezirk Starckenbach/ wurden die Schulen wegen einer Masern-epidemie geschlossen. Im Bezirke Klattau erkrankte eine grössere Anzahl von Kindern an Scharlach und Diphtherie, in 2 Gemeinden wurden die Schulen geschlossen. Im Bezirk Kralup a.d.N. waren 23 Diphtherie -, 2 Scharlachfälle, 9 Erkrankungen an Lungentuberkulose /hievon 1 tödlich/, im Kuttenger Bezirk 36 Scharlach - und 63 Diphtheriefälle /im vorigen Monat 33 Scharlach - und 51 Diphtheriefälle/, im Ledetscher Bezirk 21 Scharlach - und 11 Diphtheriefälle /im vorigen Monat 27 Scharlach- und 15 Diphtheriefälle/. Im Kranken-

hause in Neu Paka wurden 8 Scharlach- und 23 Diphtheriefälle /hievon 1 tödlich/ behandelt. In Dobruschka wurden die Volksschulen auf 10 Tage wegen Diphtherie geschlossen. Im Pilgramser Krankenhaus wurden 16 Scharlach-, 10 Diphtheriefälle und 3 Kinderlähmungen, im Piseker Krankenhaus 35 Scharlach- und 17 Diphtheriefälle behandelt. Im Pibranser Bezirk kamen 33 Diphtherie- und 8 Scharlachfälle, sowie 11 Tuberkulose erkrankungen vor. Im Semiler Bezirk waren 28 Diphtherie- und 8 Scharlachfälle /im vor. Monate 48 Diphtherie- und 14 Scharlachfälle./ In Turnau musste die Mädchenschule auf 10 Tage, in Moldautzin alle Schulen auf 14 Tage geschlossen werden. Im Hohenmauther Bezirk kamen 11 Diphtherie- und 21 Scharlachfälle vor.

Bei den Krankenhäusern werden nun Reservelazarette errichtet. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass sich ein Mangel an Aerzten fühlbar machen dürfte, da in den kleineren Krankenhäusern die Stellen der Sekundärärzte bereits schon längere Zeit unbesetzt sind.

#### Landwirtschaftliche Lage.

Die Lage der Landwirtschaft ist nicht besonders günstig. Anfangs November waren in höher gelegenen Bezirken die Kartoffeln noch nicht ausgegraben und die Futterrübe sowie Kraut waren fast überall noch draussen. Auch der Herbstanbau war noch nicht beendet. Ende Oktober kamen Schneefälle und der Schnee blieb fast eine Woche liegen. Das eingetretene Tauwetter konnte für die Feldarbeiten nicht ausgenützt werden, da die Felder versumpft waren. Hierauf kamen so eisige und heftige Ostwinde - die in den Wäldern wieder erhebliche Schäden anrichteten -, dass der Boden wiederum zufror.

Erst in der dritten und vierten Woche des November herrschte ein milderer Wetter und man konnte die Einbringung der Ernte fortsetzen. Ein Teil der Kartoffeln wurde aber durch Frost derart beschädigt, dass er für die Volksversorgung unbrauchbar geworden ist und in kürzester Zeit in den Spiritusbrennereien verarbeitet werden muss.

Zur Sicherstellung des Abschlusses der Erntearbeiten wurde in manchen Bezirken die Arbeitspflicht eingeführt. Teilweise wurde der Mangel an Arbeitskräften auch durch Einschaltung der Textilarbeiter und Juden vermindert. Die Mittelschulen in Leun haben ab 10. November auf etwa 14 Tage 35 Studenten zum Ausgraben von Kartoffeln eingesetzt. Auch in Budweis wurden Studenten zu diesem Zwecke benützt.

In gebirgigen Gegenden haben die Landwirte zu 50% die Saat noch nicht beendet. Im Pöschstitzer Bezirk wurde das Herbstpflügen zu 70% durchgeführt. Der Winteranbau ist im Leuner Bezirk zu 80% beendet worden. Im Königgrätzer Bezirke blieben 15% der vorgeschriebenen Fläche nicht bearbeitet. Im Bezirk Schlan ist die für Winterweizen bestimmte Fläche, welche größtenteils nach Beendigung der Hackfruchternte angebaut werden sollte, unbesät geblieben. Im Rakonitzer Bezirk verblieb bisher noch etwa ein Viertel der ganzen Kornfläche ohne Saat.

Im Fisser Bezirk sind 35% der Getreidefläche nicht bebaut worden, wovon etwa 10% auf Roggen und 25% auf Weizen entfällt. Die Roggensaart wurde dadurch verspätet, dass infolge der vorgeschriebenen erhöhten Getreideanbaufläche auch Felder benutzt werden sollten, die heuer mit Kartoffeln bebaut waren. Im Bezirke Neuenburg a. d. E. wurden 30% der Felder, die mit Rüben bepflanzt

17

waren, nicht beachtet.

Der Winterweizen und -Roggen sind im Ganzen gut aufgewachsen. Laut Bericht der Bezirksbehörde in Nachod ist die Wintersaat schwach und man befürchtet, dass sie durch strengere Fröste stark beschädigt werden könnte. In Bezirk Psohestitz ist der ausgesäte Roggen in sehr gutem Zustande, der Weizen zeigt zu 20% Anzeichen von drohendem Aussterben.

Die schwierige Arbeitslage verursachte, dass die Zwangslieferungen nicht in vollem Masse stattfanden, weil die Landwirte nicht rechtzeitig ausdreschen konnten. Den Drusch in Südböhmen erschwerte auch die Massnahme der Elektrizitätswerke, die den Landwirten das Dreschen wegen der Ueberlastung des Netzes nur für Nachmittage, Samstage und Sonntage empfohlen haben. In manchen Fällen können angeblich die Getreidelieferungen nicht ganz erfüllt werden. Zum Beispiel: Im Bezirke Kamnitz a/L. wurden die Lieferungen an Gerste so hoch abgeschätzt, dass sie schon jetzt Schwierigkeiten bereiten. Die Lieferungen von Roggen im Bezirke Reichenau a/Kn. können mit Rücksicht auf die schlechte Ernte nur zu 40% erfüllt werden.

Das viel zu hoch bemessene Kartoffelkontingent hat bei den Landwirten eine ernstliche Beunruhigung hervorgerufen. Dem Piseker Bezirke z.B. wurden insgesamt 170.000 Meterzentner Kartoffeln zur Ablieferung vorgeschrieben, wovon 3/4 bis Ende November, 1/4 im Frühjahr 1942 abgeliefert werden sollen. Die ganze Kartoffelernte im Bezirke wurde auf 364.331 Meterzentner bei einem Durchschnittsertrag von 105.4 Meterzentner für einen ha abgeschätzt. Da nun bei einer Anbaufläche von 4.300 ha /25 Meterzentner für 1 ha/ - 107.433 Meterzentner, zum Anbau, für die Deckung des Bedarfes von 31719 Selbstversorgern /4 2 Meterzentner/ 63.438 Meterzentner und für die

Fütterung von 20.699 Schweinen /5 Meterzentner für ein Schwein/ 103.486 Meterzentner, insgesamt 274.435 q Kartoffeln erforderlich sind, könnte man nur 89.786 Meterzentner abliefern, ohne die Selbstversorgung, die Schweinefütterung und den Bedarf an Pflanzungskartoffeln zu gefährden.

Die Belassung der Futterkartoffeln ist zur Hebung des Schweineviehstandes äusserst notwendig, um den durch die Schlachtviehlieferungen stark beanspruchten Rindviehstand zu entlasten.

Infolge der niedrigen Zahl von Schweinen im Gewicht über 70 Kg wurden die Lieferungen im Rindvieh vorgeschrieben, wodurch sich die Menge des bisher gelieferten Viehs dermassen erhöhte, dass die Kontingente der einzelnen Gemeinden in manchen Bezirken /z.B. KSniggrätz/ schon auf 2 bis 3 Perioden im voraus erfüllt sind.

Das Interesse für Ankauf von Ferkeln ist gering. Im Bezirke Reichensau z/Kn. sind ca 3.500 Ferkel im Gewichte von 10 - 18 Kg, die dort nicht ausgemästet werden können und für welche die Züchter keinen Absatz finden.

Die Zuteilung von Kleie ist ganz ungenügend und mit einer Zubusse zur Fütterung von Zuchtsauen und Ferkeln bis zum Alter von 8 Wochen wird überhaupt nicht gerechnet.

Von den mit der Holzabfuhr beschäftigten Fuhrwerksbesitzern trafen Beschwerden ein, dass sie für Pferde ganz ungenügende Maferationen bekommen, und es musstenschon einige Pferde von der Waldarbeit ausgeschaltet werden.

Die Pflichtlieferungen von Schlachtvieh werden befriedigend erfüllt, denn die Landwirte sind wegen Mangels an Kraftfuttermitteln bestrebt, alles Vieh, welches sie nicht ganz nötig brauchen, abzuliefern.

Die Schweine können nicht in dem Masse geliefert werden, weil sie erst zur Mästung angekauft wurden.

Durch den Verband "Prispol" wird die 100%tige Erfüllung der III. Schweinemästungsaktion fortwährend urgirt. Weil die Wirtschaftsgenossenschaften erklärt haben, dass sie in der Zukunft keine Schweine unter 70 Kg annehmen und für die Mästung keine Futtermittel zuteilen dürfen, und von dem Böhmisches-Mährischen Verband für Kartoffeln und Stärke die Erfüllung der Pflichtlieferungen von Kartoffeln auch auf Kosten der Viehmästung gefordert wird, ist nicht zu erwarten, dass diese Aktion einen vollen Erfolg haben wird.

#### Versorgungslage.

In der Mehlversorgung entstand eine schwere Situation durch die Ausserbetriebsetzung vieler Mühlen. Infolge der Nichtausgabe der Mehlbewilligungen verbrauchten die landwirtschaftlichen Verbraucher ihre ganzen Vorräte und da in den Mühlen nur ein geringer Mehlvorrat vorhanden war, mussten sie auf das Vermahlen 3 - 4 Wochen warten. Diese Schwierigkeiten verursachten unter der Landbevölkerung eine bedeutende Unzufriedenheit und Beunruhigung.

Die Versorgung mit Roggenmehl war nicht flüssig, da die Mühlen die Dispositionen über das Getreidemahlen vom Böhmisches-Mährischen Verbands für die Getreidewirtschaft nicht rechtzeitig erhalten haben. Besonders entstand ein Mangel an Weizenbrotsmehl T 1800, welcher erst durch die Einführung der Sonderbezugscheine für Bäcker beseitigt wurde. /Wenn der Bäcker kein anderes Mehl zur Verfügung hat, kann er auch nur Brotsmehl zum Brotbacken verwenden/. Die Qualität des Brotes hat sich gegenüber den vorhergehenden Versorgungsperioden gebessert.

Die Versorgung mit Kartoffeln ist gut, in manchen Gemeinden im Bezirke Königgrätz müssen aber die Kartoffelkarten den Anbauern ebenso wie den anderen Verbrauchern ausgegeben werden, da dieselben die Selbstverbraucherrationen abliefern mussten.

Die Versorgung mit Gemüse ist reibungslos, es mangelt jedoch an Zwiebel und Knoblauch und es ist nicht zu erwarten, dass sich die Situation in dieser Hinsicht günstiger entwickeln könnte.

Mit Ausnahme einer kleinen Menge Zitronen kamen in den Geschäften weder inländische noch ausländische Früchte vor.

Die Milchproduktion ist im Vergleich mit dem vergangenen Zeitabschnitt beinahe um 30% gesunken, weil der plötzliche Uebergang vom Grünfutter zum Kernfutter einen bedeutenden Einfluss auf die Melkbarkeit gehabt hat. Da jedoch mit Beginn der XXIX. Versorgungsperiode die tägliche Verbrauchsration auf 1/8 l herabgesetzt wurde, ist anzunehmen, dass der Gesamtbedarf voll gedeckt bleiben wird. Das Verbot des freien Verkaufes von Magermilch ist als schwerwiegend erschienen.

Die Versorgung mit Fleisch blieb gegen vorigen Monat unverändert.

Die Not in der Kohlenversorgung ist schon sehr bedeutend und es muss mit weiteren Schwierigkeiten gerechnet werden. Nach Meldung der Bezirksbehörde in Budweis wurden vom 1. April 1941 per Bahn 3.825 t Braun-, 580 t Stein-, und 186 t Oberflözkohle geliefert; es fehlen daher auf das dieser Behörde zugewiesene Kontingent 1.455 t Kladnoer -, 565 t Oberschlesischer-, 4.020 t Sudetenländischer- und 344 t Falkenauer Kohle. Die meisten Haushalte konnte daher nur sehr schlecht beliefert werden und mussten auch mehrere Schulen für einige Tage wegen Kohlenmangels gesperrt werden.

27

In Hohenmauth langte im November überhaupt keine Braunkohle ein.

In Böhmisoh-Trübau /Bezirk Leitomischl/ ist zu befürchten, dass die Bäcker ihre Betriebe werden einstellen müssen, falls sie in nächster Zeit keine Braunkohle erhalten. Den Haushaltungen werden die kontingentierten Mengen nicht einmal zur Hälfte zugeliiefert. Die Behörden beschweren sich auch über die schlechte Qualität der gelieferten Kohle. In Pardubitz wurden 4 Waggonn Pilsener Kohle aus den Schächten Prokop und Dominik, welche absolut unbrauchbar waren, beanständet.

Die Ausfolgung von Anweisungen auf Schuhe und Textilwaren entspricht nicht dem wirklichen Bedarf. Mangel macht sich besonders bei Winterstoffen und Arbeitskleidung bemerkbar.

#### Beschäftigung und industrielle Lage.

In der Landwirtschaft macht sich ständiger Abgang von qualifizierten landwirtschaftlichen Arbeitern, besonders in der Nähe der Industriestädte bemerkbar. Es mangelt besonders an ledigem Gesinde beiderlei Geschlechts.

Bei den Waldarbeiten ist die Beschäftigung infolge grosser Windbrüche und Saisonarbeiten teilweise gestiegen.

In den Ziegeleien sind die Arbeiten grösstenteils beendet; es wird nur an der Tonvorbereitung für das künftige Jahr gearbeitet.

Die Glasindustrie leidet an Kohlenmangel. Die Fabrik Rosenhütte der Firma Ernst Fryll in Wilkowitz, Bezirk Beneschau, musste am 22. November 1941 die Glaserzeugung im Hochofen einstellen und etwa 60 Arbeiter aussetzen. Der Fabrik wurde nur schlechte Oberflözkohle geliefert, welche keine zum Glasschmelzen erforderliche Heizkraft besitzt.

Die Glasfabriken des Ing Celestin Strnad in Mönchengrätz und Wenzel Sedlbauer in Hubalow /Bezirk Mönchengrätz/, welche im Oktober 1941 die Arbeit wegen Kohlen<sup>mangel</sup> eingestellt haben, nahmen sie noch nicht auf.

Die Situation in der Metallindustrie blieb unverändert, nur in Unternehmungen, die sich mit Messerherstellung beschäftigen, ist eine Schwächung fühlbar, da die Firmen nicht mehr als 30% der Rohstoffe verarbeiten dürfen. Da es sich um kleinere Unternehmungen handelt, sind nur einzelne Arbeiter zur Entlassung in Frage gekommen, die gleich anderswo eingesetzt wurden. Der Drahtseilfabrik Ing B. Hruška in Aurschienenwes /Bezirk Ritschan/ droht die Einstellung des Betriebes, falls ihre Kohlenvorräte nicht in kurzer Zeit ergänzt werden.

Die Situation der Textilindustrie ist von der Zuteilung der Rohstoffe abhängig und verschlechtert sich weiterhin. Es wurden weitere Arbeiter, hauptsächlich in den Fabriken in Nachod, entlassen und in den Textilbetrieben im Sudetengau angestellt.

In der Fabrik Steinský - Sehnoutka in Königgrätz ist ein so grosser Mangel an Baumwolle zu verzeichnen, dass die Schliessung des Betriebes zum 15.12.1941 erwartet wurde. Die Zwittauer Firma Brüder Ettl, welche die mechanische Weberei Fischel und Engel im Gellersberg, Bezirk Senftenberg, übernahm, erhielt im letzten Vierteljahr eine um 35% kleinere Zuteilung von Rohstoffen als im vorigen Zeitabschnitt. Die Weberei Herbert Schmitt in Bad Bielohrad /Bezirk Neupaka/ musste 30 Arbeiter entlassen. Die Firma Cosmanos in Josefstal /Bezirk Jungbunzlau/ entliess 34 Arbeiter, welche jedoch bei der Firma Asap in Jungbunzlau Anstellung fanden.

Die Kampagne in den Zuckerfabriken ist teilweise beendet.

Sie wies einen ungehemmten Verlauf auf. Allgemein wurde seitens der Zuckerfabrikanten über die Arbeiterschaft Klage geführt, von der ein grosser Teil Neulinge in der Zuckerfabrikation waren, deren Leistung unter Durchschnitt stand.

In den ZichoriadSrrfabriken wird die Arbeit noch fortgesetzt.

Auf den Protektoratsstrassen werden nur kleinere Erhaltungsarbeiten in beschränkter Masse durchgeführt. Wegen mangelnder Treibstoffzuteilung kann das zur Erhaltung der Strassen notwendige Stein-, Sand- und Schottermaterial nicht auf die Strassen gebracht werden und ist deshalb eine Verschlechterung des Zustandes der Strassen zu erwarten. Die Walzarbeiten mussten eingestellt werden.

Auch die Arbeiten am Bau der Autobahnen wurden in einigen Abschnitten noch mehr als bisher beschränkt, in anderen beinahe vollständig eingestellt. Die entlassenen Arbeiter wurden sofort anderswo in Arbeit eingesetzt.

Die Existenzverhältnisse der Arbeitnehmer verschlechtern sich durch die Preissteigerung ständig. Die gesetzlichen Lohnzuschläge sind nicht imstande die bedeutenden Unterschiede in den Preisen auszugleichen.

Der Arbeitsfrieden wurde nicht gestört.